

## Zahlen &amp; Fakten

## Wer zahlt eigentlich Spitzensteuersatz?

Der Spitzensteuersatz lag bis in die 80er-Jahre noch bei 56 Prozent. Später fiel er schrittweise auf 42 Prozent. Im Gegenzug sind allerdings auch steuerliche Vergünstigungen gestrichen worden. Bei einem Single wird er derzeit ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von rund 54 000 Euro brutto fällig. Berücksichtigt man die Grundfreibeträge, müssen Singles also ab etwa 63 000 Euro brutto den Spitzensteuersatz zahlen. Laut Bundesfinanzministerium sind inklusive gemeinsam veranlagter Ehepartner 3,9 Millionen Personen betroffen. Das entspricht 6,5 Prozent aller Steuerzahler. Ab einem Jahreseinkommen von 256 000 Euro greift für Singles die Reichensteuer von 45 Prozent.

## Wie entwickelte sich der Arbeitsmarkt?

Seit Januar 2005 hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland laut Bundesagentur für Arbeit (BA) von mehr als 5 Millionen auf 2,5 Millionen (Juli 2017) halbiert. Allerdings hat auch die Zahl der Minijobber deutlich von 6,56 Millionen (März 2005) auf 7,62 Millionen (Dezember 2016) zugelegt. 60 Prozent sind laut Bundesagentur für Arbeit Frauen. Die Zahl der Leiharbeiter ist ebenfalls gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2013 lag die Zahl bei 865 000. Zum Vergleich: Der entsprechende Wert für 2016 lag bei 990 000. Und: 1,2 Millionen Menschen verdienen trotz Job so wenig, dass sie als Aufstocker Hartz IV beziehen.

## Weniger Aufstocker dank Mindestlohn?

Die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker sinkt den BA-Statistiken zufolge seit Einführung des Mindestlohns langsam, aber stetig – in den vergangenen drei Jahren um rund 138 000 von 1,3 auf knapp 1,2 Millionen. Aktuell liegt der Mindestlohn bei 8,84 Euro.

## Wie viele Menschen sind im Alter arm?

Die Zahl der Deutschen, die im Rentenalter auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind, hat sich seit 2003 mehr als verdoppelt. Im März 2017 haben nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes 531 371 Menschen finanzielle Hilfen im Alter bezogen. Zum Vergleich: 2003 waren es nach Angaben der Statistiker nur 258 000. Ihr Anteil an den über 65-Jährigen liegt damit aktuell bei rund 3 Prozent.

## Wird Altersarmut in Zukunft zunehmen?

Das Rentenniveau, also die Relation zwischen Standardrente (45 Jahre Beitragszahlung) und einem Durchschnittsverdienender, wird bis 2020 auf 46 Prozent und bis 2030 auf 43 Prozent sinken. Gleichzeitig steigt das Renteneintrittsalter ab 2012 für alle, die nicht 45 Jahre Beiträge gezahlt haben, schrittweise auf 67 Jahre. Die Riesen-Rente soll die Härten des demografischen Faktors abfedern. Die können sich aber viele Geringverdienere nicht leisten. Minijobber sind besonders arbeitsgefährdet. Denn laut Deutscher Rentenversicherung steigt die monatliche Rente bei einem Monatsverdienst von 450 Euro nach einem Jahr im Minijob derzeit nur um 3,50 bis 4,50 Euro.

## Wie viel Geld erhält der Staat von Erben?

Laut Statistischem Bundesamt sind die Einnahmen aus Erbschaft- und Schenkungssteuer von 4,22 Milliarden Euro (2007) auf 6,84 Milliarden (2016) gestiegen. Die Zahl der steuerpflichtigen Fälle legte von 26 926 auf 48 475 zu. 2016 wurde Vermögen im Wert von 108,8 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt.

## Steckbrief



**Name:** Jens Geimer  
**Beruf:** Unternehmer  
**Alter:** 42 Jahre  
**Familienstand:** Single  
**Wohnort:** Hachenburg

**Altersvorsorge:** privat, vor allem aus seinem Vermögen, das in der Brauerei angelegt ist

**Welche Wunschkonkurrenz sollte nach der Wahl an der Macht sein?** Kein Kommentar.

**Welche größte Sorge treibt Sie um?** Deutschland geht es momentan sehr gut. Deshalb ist meine größte Sorge, dass wichtige Reformen nicht angepackt werden.

**Was ist Ihr größter Wunsch an die Politik?** Da habe ich gleich drei: Zunächst einmal die Vereinfachung unseres Steuersystems. Dann muss das Image des dualen Ausbildungssystems gegenüber dem Studium verbessert werden. Denn die jungen Leute lernen viel mehr in der Praxis. Die Ausbildung sollte einen viel höheren Stellenwert genießen. Und Deutschland sollte viel mehr in Digital- sowie Infrastruktur investieren.



Auf den brauereieigenen Hopfengarten ist der Unternehmer Jens Geimer besonders stolz.



Nicole R. hat nicht viel Geld zum Leben. Doch meckern will die 39-Jährige nicht.

## Steckbrief

**Name:** Nicole R.  
**Beruf:** Kosmetikerin  
**Alter:** 39 Jahre  
**Familienstand:** Alleinerziehend  
**Wohnort:** Emmelshausen

**Altersvorsorge:** Als Geringverdienere wird sie im Alter wohl auf Grundsicherung angewiesen sein. Darüber macht sie sich momentan aber noch keine Gedanken.

**Welche Wunschkonkurrenz sollte nach der Wahl an der Macht sein?** Ich beschäftige mich nicht mit Politik. Es ist halt so, wie es ist. Ich gehe eh nicht wählen.

**Welche größte Sorge treibt Sie um?** Keine Ahnung. Ich bin mit allem zufrieden!

**Was ist Ihr größter Wunsch an die Politik?** Ich stelle keine Ansprüche. So bin ich halt.

## Der Aufsteiger

Bundestagswahl Welche Forderungen Unternehmer Jens Geimer an die Politik hat



iPad trifft Kupfersduckel: Jens Geimers (rechts) Credo heißt Digitalisierung. Die Hachenburger Westerwaldbrauerei ist ein komplett papierloses Unternehmen. Hier sieht er auch die Politik gefordert. Fotos: Röder-Moldenbauer

bezahlen muss. Auch in schlechten Zeiten, wenn der Laden mal nicht brummt. Immerhin: Wo viele Kollegen händeringend Nachwuchs suchen, kann er noch aus dem Vollen schöpfen. „Wir können nicht über Bewerbermangel klagen. Wir sind eine feste Marke in der Region. Die Leute wissen, was sie erwarten“, sagt Geimer. Zehn Auszubildende lernen derzeit bei der Westerwaldbrauerei. Die meisten kommen aus der Region. Eine andere Frage ist es, die jungen Leute auch zu halten. Geimer beklagt den Trend zur Akademisierung. Aushalten kann er ihn nicht. Der

42-Jährige setzt deshalb auf das Duale Studium. Eine Ausbildung, die perfekt auf mittelständische Unternehmen zugeschnitten sei. „Damit sind wir gut gefahren.“ Auch Spezialisten sind nicht immer so leicht zu gewinnen. Wie lockt man etwa einen Braumeister von München ausgerechnet in den Westerwald? „Die kostenlosen Kitaplätze sind gerade für junge Eltern ein richtig gutes Argument“, hat er festgestellt. In anderen Bundesländern werden das schnell mal bis zu 400 Euro pro Monat fällig. Das zieht. Beim schnellen Internet hingegen hapert es Geimer zufolge

mal von der Bürokratie stranguliert. „Sicherheitsbeauftragte, Kesseltwärter, Strahlenschutzbeauftragte, Datenschutzbeauftragte, Hygienebeauftragte“ – vieles davon habe sicher seinen Sinn. „Aber es nimmt wirklich unglaubliche Ausmaße an und frisst Zeit“, klagt er. Dann muss er Mitarbeiter tagelang für Schulungen abstellen. Stattdessen könne es der Staat seinen Angestellten einfacher machen, indem er die kalte Progression abbildert. Dann bliebe ihnen mehr Geld in der Tasche. „Ich finde grundsätzlich, dass unser Steuersystem deutlich vereinfacht werden könnte“, sagt er. „Ob für Privileute oder Unternehmen.“ Am liebsten wäre ihm die Steuererklärung auf dem Bierdeckel. Oder ein Drei-Stufen-Modell.

Selbst das traditionelle Deputat gilt mittlerweile als geldwerte Leistung. Sorgt aber immerhin für gute Laune im Betrieb. Jeder Mitarbei-

## Serie

## Wahlzeit Wirtschaft

Unsere Reporter Dirk Eberz, Eugen Lambrecht und Marta Fröhlich haben einen Unternehmer und eine Aufstockerin besucht, um sie zu fragen, welche Forderungen sie an die Politik haben.

ter erhält sieben Kisten Hachenburger pro Monat. Und das Feierabendbier, bei dem sich jeder Mitarbeiter in der Küche frei bedienen kann, geht schon fast als Teambuilding durch. Geimer setzt sich gern dazu, um den Arbeitstag sacken zu lassen oder sich auszutauschen. Ohnehin verlaufen die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit für den Unternehmer fließend. Immer im Dienst.

Denn der 42-Jährige wohnt direkt am Firmengelände und ist in ein paar Schritten am Platz. Daher ist er auch schnell zur Stelle, wenn etwas anliegt. Dann fragt er sich schon manchmal: „Eigener Chef, ist man das wirklich?“ Eine 40-Stunden-Woche hat er jedenfalls nie. Und auch Urlaub gönnt er sich nur rund zehn Tage pro Jahr. Jammern will er aber nicht. Im Gegenteil. „Das macht mir Spaß.“ Eigentum verpflichtet eben. Auch nach Feierabend. Für den privaten Jens Geimer bleibt da wenig Raum. Der Unternehmer ist irgendetwas immer auch Repräsentant seiner Marke. Bei der Dorfkirche, im Restaurant oder im Supermarkt. Neuerdings natürlich auch als Vizepräsident der IHK Koblenz. Und vielleicht auch bald in der Politik? Da würde er sich gern mehr engagieren, räumt er ein. Theoretisch. Praktisch hält er sich in der Öffentlichkeit lieber zurück. Dirk Eberz

Rund 20 Millionen Deutsche verfolgten das TV-Duell. Nicole R. war nicht darunter. Als Angela Merkel (CDU) und Martin Schulz (SPD) über Flüchtlinge und soziale Probleme diskutierten, über Erdogan und Trump sprachen, schaute sie gerade einen Science-Fiction-Film, in dem Tom Cruise gegen eine weltweite Alieninvasion kämpft. Nicole R. hat mit Politik nicht viel am Hut – und macht daraus kein Geheimnis. „Das ist nicht meine Welt“, sagt sie. „Ich gehe eh nicht wählen.“ Nie. In ihren 39 Lebensjahren kein einziges Mal. Nicht aus Frust. Nicht aus Trotz. Nicht, um denen da oben oder wem auch immer einen Denzettel zu verpassen. Die Frau mit dem dunklen Haar und den großen Augen geht nicht zur Wahl, weil sie meint: „Ich hab doch eh keine Ahnung.“

An einem grauen Septembertag steht Nicole R. mit verschränkten Armen und einer Zigarette im Mund vor einem Kosmetikstudio in der Koblenzer Altstadt. Seit Anfang des Jahres arbeitet sie hier. Obwohl sie im rund 30 Kilometer entfernten Emmelshausen wohnt. Die 39-Jährige massiert sich Füße, schneidet Nägel, behandelt Hornhaut. Dreimal die Woche. Für 530 Euro im Monat. Sie hat sich damit abgefunden, dass sie noch nie ins Ausland gereist ist. Dass sie ihrem Sohn kein Taschengeld und trotzdem Hartz IV bezieht, weil der Lohn aus ihrer Teilzeitstelle zum Leben nicht reicht. Die alleinerziehende Mutter sieht das so: „Es ist besser als gar nichts. Ich bin froh, dass ich überhaupt morgens aufstehen und mein Leben leben kann.“

Nicole R. ist Aufstockerin. Und so wie ihr geht es 1,2 Millionen Menschen in Deutschland: Sie sind auf Geld vom Amt angewiesen – trotz Arbeit. Beim Jobcenter muss Nicole R. jeden Cent und jede noch so kleine Ausgabe genau erklären. Von der guten Wirtschaftslage profitiert sie nicht. Vielmehr gehört sie zu den Verlierern in Deutschland. Die 39-Jährige ist das, was Politik und Medien als abgehängt und bezeichnet. Sie ist Teil einer Gruppe, der Experten eine besondere Anfälligkeit für Populismus attestieren. Die Aufstockerin lebt an der Armutsgrenze in einem reichen Land – und zählt deshalb zu den Sorgenkindern.

Die Hunsrückerin hat sich an die Armut gewöhnt. Sie kennt nichts anderes. Ihre Mutter war krank, überfordert, arbeitslos. Und Nicole R. das Mädchen, das sich selbst überlassen wurde. Nach der Hauptschule begann sie eine Lehre zur Einzelhandelskauffrau. Doch mit dem Leistungsdruck kam sie nicht zurecht – und schmiss nach kurzer Zeit wieder hin. Mit 18 wurde sie Mutter eines Jungen. Fünf Jahre später bekam sie eine Tochter. Und noch einmal fünf Jahre später Depressionen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Hunsrückerin keinen Partner, kein Geld, keine Perspektive. Dafür Schulden in Höhe von 40 000 Euro. Eines Tages war sie so verzweifelt, dass sie die Jobcenter um mehr Geld anpumpte. Ihr Sachbearbeiter winkte ab. Nicole R. ging nach Hause und heulte.

## Die Aufstockerin

Bundestagswahl Warum Nicole R. noch nie in ihrem Leben wählen ging



Füße massieren, Nägel schneiden, Hornhaut behandeln: Nicole R. (39) pendelt für ihre Teilzeitstelle dreimal die Woche von Emmelshausen nach Koblenz. Trotz Job bekommt sie Hartz IV. Fotos: Eugen Lambrecht

Doch was sind ihre Sorgen? Ihre Ängste? Ihre Wünsche und Hoffnungen an die Politik? Nicole R. sitzt im Kosmetikstudio, wartet auf die ersten Kunden des Tages und grübelt nach Antworten. „Keine Ahnung“, sagt sie zögerlich und ergötzt sich mit allem zufrieden! Nach einem Augenblick der Stille fällt ihr dann doch etwas ein. „Meinen Renault Clio hätte ich gern wieder.“

Die Hunsrückerin hat sich an die Armut gewöhnt. Sie kennt nichts anderes. Ihre Mutter war krank, überfordert, arbeitslos. Und Nicole R. das Mädchen, das sich selbst überlassen wurde. Nach der Hauptschule begann sie eine Lehre zur Einzelhandelskauffrau. Doch mit dem Leistungsdruck kam sie nicht zurecht – und schmiss nach kurzer Zeit wieder hin. Mit 18 wurde sie Mutter eines Jungen. Fünf Jahre später bekam sie eine Tochter. Und noch einmal fünf Jahre später Depressionen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Hunsrückerin keinen Partner, kein Geld, keine Perspektive. Dafür Schulden in Höhe von 40 000 Euro. Eines Tages war sie so verzweifelt, dass sie die Jobcenter um mehr Geld anpumpte. Ihr Sachbearbeiter winkte ab. Nicole R. ging nach Hause und heulte.

Sie dachte ans Aufgeben. An einen Schlussrutsch. An den Tod. Doch Nicole R. schaffte es sich wieder aufzurappeln. Sie machte eine Therapie, nahm Medikamente und meldete sich an einer Kosmetischule im Kreis Mayen-Koblenz an. Das Jobcenter finanzierte ihr die Ausbildung. Es war ein harter Weg voller Selbstzweifel und Versagensängste. Umso stolzer war die alleinerziehende Mutter, als sie die Lehre erfolgreich abschloss.

Die meisten Absolventinnen machten sich selbstständig, eröffneten ihre eigenen Kosmetikstudios. Für Nicole R. war das keine

## Der deutsche Arbeitsmarkt

Dezember	Arbeitslose	Leiharbeiter	Minijobber
2007	3 395 221	-	7 134 527
2008	3 094 150	-	7 210 703
2009	3 268 167	-	7 355 703
2010	3 011 586	-	7 391 102
2011	2 780 984	-	7 471 382
2012	2 839 824	-	7 571 732
2013	2 873 806	-	7 648 749
2014	2 763 521	883 165	7 670 012
2015	2 681 415	950 644	7 579 185
2016	2 568 273	992 756	7 627 556

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Zahlen von Leiharbeitern liegen der BA erst ab 2014 vor)

angekommen – und vor allem angenommen. Ihre Chefin akzeptierte so wie sie ist, zeigt sich die 39-Jährige dankbar. Dadurch habe sie neues Selbstvertrauen getankt. Mittlerweile schmeißt sie den Laden sogar allein, wenn die Chefin außer Haus ist. Aus finanzieller Sicht rentiert sich der Job zwar nicht. Vor allem wegen der Fahrerei. Würde Nicole R. nicht dreimal die Woche Füße behandeln und stattdessen im Bett liegen bleiben, stünde ihr wohl unter Strich sogar mehr Geld zur Verfügung als jetzt. Aber die Hunsrückerin sieht darin kein Problem: „Mir macht die Arbeit Spaß. Und das ist doch das Wichtigste.“

Die größte Stütze im Leben der 39-Jährigen ist ihre ältere Schwester. Von ihr bekam Nicole R. einen Golf, als der Renault den Geist aufgab. „Das ist meine Mutti“, sagt die Hunsrückerin. Ihre Finanzen werden von ihrer Schwester verwaltet. Nicole R. kennt nicht einmal den genauen Betrag, den sie vom Jobcenter erhält. Alle zwei Wochen gibt ihr die Schwester 240 Euro. Von dem Geld muss sie sich und ihren Sohn ernähren, das Auto be- und kleiden kaufen. Reicht das? Nicole R. schaut verschämt zu Boden: „Das ist schon arg wenig. Aber ich stelle keine Ansprüche.“

Ansprüche stellt sie auch nicht an die Politik. „So bin ich halt“, sagt sie. „Und selbst wenn, würde ihr das Kapital für eine Existenzgründung fehlen. Nicole R. hoffte deshalb auf eine Festanstellung und schrieb Dutzende Bewerbungen. Lange Zeit erfolglos. Bis ein Koblenzer Kosmetikstudio der Hunsrückerin Ende 2016 eine Teilzeitstelle anbot. Seitdem geht es bergauf, erzählt die 39-Jährige. Zwar ist sie noch immer verschuldet, die Psyche noch immer etwas labil, und ausgerechnet ihr geliebter Renault Clio fiel einem Kabelbrand zum Opfer. Doch Nicole R. fühlt sich ein Stück weit

wie es ist. Nicole R. ist keine, die meckert. Außer in der letzten Woche im Monat. Wenn die Kasse leer ist. Und der Kühlschrank auch. „Da werd ich schon mal zickig“, räumt sie ein. Ihr Sohn versucht sie dazu zu beruhigen, verspricht: „Mama, irgendwann kauf ich dir ein Haus.“ Schön wär's, denkt die 39-Jährige. Nicht wegen des Hauses, das will sie gar nicht. Sondern weil sie sich wünscht, ihr Sohn würde mal so viel verdienen, dass er sich eines leisten könnte. Sie kann es nicht. Und sie hat sich damit abgefunden, dass sich daran wohl nichts mehr ändern wird. Am 24. September können mehr als 60 Millionen Menschen einen neuen Bundestag wählen. Nicole R. wird keine von ihnen sein. Eugen Lambrecht

## Das wollen die Parteien

## Thema: Arbeit/Soziales

## SPD

- gleiches Geld für Leiharbeiter und die Stammbesetzter
- gesetzliche Rente auf dem heutigen Niveau bis 2030 stabilisieren
- Managergehälter begrenzen
- keine Rente mit 70
- Solidarrente deutlich über der Grundsicherung nach einem langen Berufsleben
- Einkommen aus Arbeit und Kapital wieder gleich besteuern, indem die Abgeltungssteuer abgeschafft wird.
- keine Vermögenssteuer
- Erbschaftsteuerreform mit weniger Ausnahmen

## CDU/CSU

- Mindestlohnregelung unbürokratischer machen
- Schritt in die Selbstständigkeit erleichtern
- Arbeitszeit flexibler machen und es mehr Frauen ermöglichen, sozialversicherungspflichtig zu arbeiten
- Spitzensteuersatz für Singles auf 60 000 Euro Jahreseinkommen anheben
- Solidaritätszuschlag ab 2020 schrittweise abschaffen
- keine Vermögenssteuer

## Grüne

- Grundfreibetrag für kleine und mittlere Einkommen erhöhen
- Spitzensteuersatz soll für Singles oberhalb eines zu versteuernden Einkommens von 100 000 Euro steigen.
- steuerfinanzierte Garantierente oberhalb der Grundsicherung für alle, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder Menschen gepflegt haben.

## FDP

- Alle Sozialleistungen in einem Bürgergeld an einer staatlichen Stelle zusammenfassen
- Maximalarbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche anheben
- Minijobgrenze auf 530 Euro anheben
- Belastungsgrenze für Steuern und Sozialabgaben im Grundgesetz festschreiben
- Altersbegrenzung für Renteneintritt abschaffen
- Soll abschaffen
- keine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und keine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer
- Die FDP spricht sich klar für Leiharbeit aus.

## Linke

- solidarische Mindestrente von 1050 Euro netto im Monat
- Recht auf Erwerbsarbeit
- Hartz IV abschaffen und durch Mindestsicherung von 1050 Euro ersetzen
- Vermögenssteuer von 5 Prozent auf alle Vermögen oberhalb von 1 Million Euro
- Reichensteuer von 60 Prozent ab 260 000 Euro, 75 Prozent auf Einkommen oberhalb von 1 Million Euro
- zu versteuernde Einkommen unter 12 600 Euro im Jahr sollen steuerfrei bleiben.
- 12 Euro Mindestlohn

## AfD

- Rente nach einer Arbeitszeit von 45 Jahren
- Arbeitslosengeld I soll an die vorangegangene Arbeitsdauer gekoppelt werden.
- gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Leih- und Werkvertragsarbeitern innerhalb eines Unternehmens
- Mehrwertsteuer soll um 7 Prozent gesenkt werden.
- Kleine und mittlere Einkommen sollen durch die Erhöhung des Grundfreibetrags entlastet werden.
- Gegen Vermögenssteuer